Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 76 (1985)

Heft: 20

Artikel: Präsidialansprache anlässlich der Generalversammlung des VSE vom 30. August 1985 in Triesen FL

Autor: Bucher, J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-904692

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Präsidialansprache

anlässlich der Generalversammlung des VSE vom 30. August 1985 in Triesen FL

J. Bucher

Sehr geehrte Damen und Herren

Zum erstenmal in seiner Geschichte tagt der VSE im «Ausland». Wir freuen uns ganz besonders, dass wir durch Vermittlung unserer Mitgliedgesellschaft und unserer Freunde, der Liechtensteinischen Kraftwerke mit den Herren Direktoren Brunhart und Frick an der Spitze, unsere diesjährige Generalversammlung

«Zum erstenmal in seiner Geschichte tagt der VSE im ‹Ausland›.»

im Fürstentum Liechtenstein abhalten dürfen, in einer reizvollen Gegend, willkommen geheissen von der Bevölkerung eines uns geistig und kulturell nahestehenden Nachbarlandes. Liechtenstein ist eine der wenigen in Europa erhalten gebliebenen konstitutionellen Erbmonarchien. Das Fürstentum, in elf Gemeinden gegliedert, ist etwa so gross wie der Kanton Appenzell Innerrhoden und weist eine Bevölkerungszahl auf, die etwa derjenigen des Kantons Obwalden entspricht. Obwohl von einem Fürsten formell regiert, weist das politische System ausgesprochen demokratische Züge auf, und die Stabilität des Fürstentums – politisch und wirtschaftlich – fällt in unserer bewegten Zeit besonders wohltuend auf. Es ist interessant festzustellen, wie die Geschichte des Fürstentums ursprünglich das Schicksal süddeutscher Fürstentümer teilte, im sogenannten zweiten Rheinbund unter französische Einflüsse geriet und nach dessen Auflösung Ende 1813 und nach dem Wiener Kongress dem deutschen Bund unter österreichischer Führung beitrat. Mit dem Zerfall der Habsburger Monarchie im Jahre 1918 wurde die Anlehnung an Österreich gelöst und eine engere Bindung an die Schweiz gesucht. Die daraus resultierende Mischung von politischer Eigenständigkeit einerseits und der Aufgabenteilung in bestimmten Bereichen anderseits, die wir heute als selbstverständlich betrachten, ist das Resultat einer länger dauernden Entwicklungsphase, und wir dürfen heute wohl mit Genugtuung feststellen, dass sich diese staatsrechtlich interessante Form der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens zweier souveräner Staaten vorzüglich bewährt.

Das Fürstentum verfolgt in politischen und wirtschaftlichen Belangen eine sehr weitsichtige Politik, scheut sich nicht, gute Ideen aus der Schweiz – das soll es ja auch geben – zu übernehmen, ohne überstürzt Neuerungen nachzuahmen in der Meinung, das Neue müsse unbedingt immer besser sein als das bisher Bewährte. Auch wirtschaftlich verfügt das Fürstentum über eine solide Basis; einzelne seiner Industrien geniessen Weltruf. Aber auch im Bereich der Künste – nicht zuletzt aufgrund der Fachkundigkeit seines Fürsten und dessen Familie – nimmt das Fürstentum hier eine führende Stellung ein, und nicht wenige Touristen kennen das Fürstentum vorwiegend seiner weltberühmten Gemäldegalerien wegen.

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW), die ihren Strom zur Hauptsache von den NOK beziehen, haben kürzlich beschlossen, ab 1. Oktober 1985 für Haushalt und Gewerbe eine kostenechte, nach dem Verursacherprinzip ausgerichtete Tarifstruktur zu schaffen, indem sie den Winterstromverbrauch verteuern und denjenigen des Sommers verbilligen. Ich darf mit Genugtuung feststellen, dass die LKW zusammen mit einigen wenigen schweizerischen Elektrizitätswerken die ersten VSE-Mitgliedwerke sind, welche unsere letzten tarifarischen Verbandsempfehlungen in die Tat umsetzen. Hiefür möchte ich den LKW herzlich danken.

Wir freuen uns, heute und morgen im Fürstentum Gast sein zu dürfen. Dass wir nicht nur als Freunde, sondern quasi als Verwandte aufgenommen wurden,

«Ich darf mit Genugtuung feststellen, dass die Liechtensteinischen Kraftwerke eines der ersten VSE-Mitgliedwerke sind, welche unsere letzten tarifarischen Verbandsempfehlungen in die Tat umsetzen.»

zeigt uns die Tatsache, dass wir ohne jede Zollformalitäten die Grenze überschreiten durften. Es ist uns deshalb auch nicht schwergefallen, diese Tagung im «Ausland» durchzuführen. Ich möchte allen herzlich danken, die uns so gastfreundlich aufgenommen haben, allen, die mitgeholfen haben, diese Tagung erfolgreich zu gestalten.

Adresse des Autors
Dr. *Jörg Bucher*, Direktor, Centralschweizerische Kraftwerke, Hirschengraben 33, 6002 Luzern

Energiepolitische Ereignisse

In der energiepolitischen Landschaft sind einige markante Ereignisse zu verzeichnen:

- die Verwerfung der Atom- und Energieinitiativen im September 1984,
- die kommerzielle Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Leibstadt im Dezember 1984,
- die fristgerechte Einreichung des Projektes «Gewähr '85» durch die Nagra im Januar 1985,
- die Genehmigung der vom Bundesrat erteilten Rahmenbewilligung für ein Kernkraftwerk in Kaiseraugst durch den Nationalrat als Zweitrat im März 1985.

Diese Situation kann zukunftweisend sein, wenn den anerkannten Zielen «Sparsamer Einsatz aller Energieträger und Substitution von Erdöl» in vernünftigem Mass und am richtigen Ort weniger Worte, Gesetze und Verordnungen, dafür aber Taten folgen.

Energiesparen und rationelle Stromanwendung: «Ich rufe alle Mitgliedwerke auf, in diesem Bereich noch aktiver zu werden.»

Zu Taten aufgerufen sind vor allem auch wir Elektrizitätswerke, vereinigt doch unser Produkt, der Strom, alle Eigenschaften auf sich, die ein nahezu idealer Energieträger für unser Land haben sollte. Die Elektrizität aus Wasser- und Kernkraftwerken ist die sauberste Energie. Sie ist zudem im wesentlichen eine einheimische Energiequelle und bringt den mit Abstand höchsten Beitrag aller Energieträger zum Bruttoinlandprodukt. Sie ist in diesem Sinne auch volkswirtschaftlich eine interessante Energie. Ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch beträgt – wie schon vor 30 Jahren – aber «nur» 20%.

Man mag es drehen, wie man will, der spezifische Stromverbrauch in der Industrie, die schon aus Kostengründen spitz kalkuliert, ist niedrig, das dort liegende Sparpotential gering. Enorme Einsparungen bei Haushaltgeräten sind dank der Entwicklungsarbeit der Elektroapparatehersteller bereits erreicht worden. Strom ist ein sparsamer Energieträger.

Ich will zwei Aspekte näher beleuchten: Unsere Einsatzmöglichkeiten im Bereiche Umweltschutz/Substitution und in der sparsamen Stromanwendung. Ich glaube, Ansätze sind vorhanden. Es gilt, sie konsequent zu vertiefen und weiterzuverfolgen.

Strom und Umwelt

Niemand wird wohl im Ernst bestreiten, dass jeder Energieträger und jeder Energieverbrauch unsere Umwelt mindestens verändert, meist aber auch erheblich belastet. Jeder Vergleich der Umweltbeeinträchtigung durch die Energieträger fällt aber zugunsten von Strom aus Wasser- und Kernkraft aus. Es ist heute unbestritten, dass die fossilen Brenn- und Treibstoffe trotz aller Anstrengungen der Mineralölbranche zur Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl wesentliche, wenn auch nicht die einzigen Quellen der Luftbelastung darstellen. Ebenso unbestritten ist aber auch, dass wir alle auf diese Energieträger – auch auf lange Sicht – nicht verzichten können.

Was ist demnach aus versorgungs- und umweltpolitischen Gründen zu tun? Ich meine, wir sollten vorwiegend doch einheimische und umweltfreundliche Energieträger einsetzen, wo immer dies möglich ist. Das heisst also Elektrizität verwenden. Das heisst in der Energieszene Schweiz für uns Elektrizitätswerke ein couragiertes Engagement auch im Wärmesektor.

Wärmepumpe

Von den bestehenden Möglichkeiten erwähne ich in erster Linie die Wärmepumpe. Sie ist wieder etwas in Vergessenheit geraten, vielleicht aus Enttäuschung, weil hier das grosse Geschäft nicht ohne weiteres Wirklichkeit geworden ist, vielleicht aber auch, weil wir Elektrizitätswerke uns zu wenig intensiv mit diesem Problem auseinandergesetzt haben. Vor lauter Angst um Netzeinwirkungen und ähnliche Dinge haben wir für einmal nur noch den Wald gesehen und nicht die einzelnen Bäume. Es bestehen vielfältige Möglichkeiten für den Einsatz von Wärmepumpen. Wir müssen uns dafür einsetzen; Mittel hiezu sind die Beratung unserer Kunden, eine angepasste Tarifpolitik, da und dort auch die Übernahme der professionellen Betreuung solcher Anlagen und selbstverständlich auch das Know-how unserer Leute.

Boiler

Oder denken wir an den altbewährten Elektroboiler. Es ist doch unsinnig und unwirtschaftlich, im Sommer Warmwasser mit Hilfe importierten Öls zu erzeugen, wenn unsere Wasserkraftwerke Strom im Überfluss produzieren. Auch ist der Einsatz eines fossilen Energieträgers (Öl oder Gas) im Sommer für die Warmwassererzeugung aus Umweltgründen nicht mehr verantwortbar. Der Nutzungsgrad gerade älterer Anlagen ist im Sommer ausgesprochen schlecht. Heute verfügt erst ein Drittel aller Haushalte über Elektroboiler. Bei Mehrfamilienhäusern ist der Anteil noch geringer. Gerade dort wäre aber die elektrische Warmwasseraufbereitung aus energetischen Gründen angezeigt. Wer im Mehrfamilienhaus sparsam mit warmem Wasser umgeht, hat nichts davon, wenn es der Nachbar nicht auch tut. Was liegt also näher als der vermehrte Einsatz von Einzel-Elektroboilern in den Mietwohnungen? Wieso getrauen wir uns nicht, die Öffentlichkeit gezielt über derartige Elektrizitätsanwendungen zu informieren? Wieso betreiben wir als Dienstleistungsunternehmen hier nicht eine aktivere Beratung zur Förderung der Elektrizität als bestgeeignete Energie?

«Das heisst für uns Elektrizitätswerke ein couragiertes Engagement auch im Wärmesektor.»

Elektroheizung

Wie steht es mit der Elektroheizung? Man hat in unseren Kreisen hie und da den Eindruck, man müsse dieses Thema wie ein rohes Ei behandeln. Offenbar handelt es sich hier um ein politisches und nicht um ein elektrisches Problem. Unser Land ist in seiner Siedlungsstruktur weitgehend von der Streubauweise geprägt. Diese Struktur führt naturgemäss zu einer stark de-

«Wenn wir wirklich an die Substitution glauben, dann müssen wir ebenfalls zu einem globalen Elektrizitäts-Mehrverbrauch stehen.»

zentralen Heizversorgung oder, anders ausgedrückt, zu einer Unzahl von Einzelheizungen, zu einer Unzahl von Kaminen, die ihre Schadstoffe an die Luft abgeben. Wenn die Umwelt, besonders die Luft, gefährdet ist, dann ist es doch wirklich nicht richtig, wenn man sie zusätzlich neuen Belastungen durch neue fossil betriebene Heizanlagen aussetzt. Gerade in ländlichen Gebieten ist die Elektroheizung eine der wenigen Möglichkeiten, Wärme ohne Umweltbelastung zu erzeugen. Überall

«Strom vereinigt alle Eigenschaften, die ein nahezu idealer Energieträger für unser Land haben sollte.»

dort kann der Anteil der elektrisch beheizten Wohnungen (elektrische Wärmepumpen und konventionelle Elektroheizungen) noch gewaltig gesteigert werden. Wir müssen auf diesem Gebiet auch etwas Phantasie entwickeln. Es gibt ja nicht nur die traditionelle Elektroheizung. Neben der Speicher- und der Direktheizung gibt es Kombinationen mit Zusatzenergien, mit Wärmepumpen usw. Lassen wir uns doch nicht von Kernenergiegegnern und Brennstoffhändlern ins Bockshorn jagen. Wenn wir wirklich an die Substitution glauben – und sie ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt her ein dringendes Gebot –, dann müssen wir ebenfalls zu einem globalen Elektrizitäts-Mehrverbrauch stehen. Dieser steht nicht im Widerspruch zur sparsamen Verwendung.

Hie und da habe ich den Eindruck, dass die Aussage, es könnten keine Heizungen mehr angeschlossen werden, weil das Netz ausgelastet sei, eher eine Ausrede ist. Vielmehr bin ich überzeugt, dass die Möglichkeiten der Regelungstechnik auf diesem Gebiet noch nicht voll genutzt sind. Auch die Preisgestaltung auf dem Gebiet der Elektroheizung muss von den einzelnen Werken überprüft werden. Der Vorwurf, wir förderten die Elektroheizungen durch sogenannte Quersubventionen, ist da und dort zu hören. Dieser ist wohl im allgemeinen kaum zutreffend. Aber es gibt möglicherweise noch Niedertarife, die den gestiegenen Kosten nicht angepasst wurden. Erfahrungsgemäss spielt der Preis für die elektrische Energie bei Interessenten für Elektroheizungen eine eher untergeordnete Rolle.

Zusammenfassend zum Problem Elektrowärme möchte ich festhalten, dass es unsere Aufgabe ist, Erdölprodukte durch Elektrizität zu substituieren und damit einen Beitrag an die Verbesserung der Umwelt zu leisten. Wir können diese Aufgabe nur lösen, wenn wir uns dafür engagieren, Phantasie walten lassen, informieren und unser Produkt «verkaufen».

Fernwärme

Während im Ausland Fernwärmeversorgung aus thermischen Kraftwerken gang und gäbe ist, tun wir Schweizer Elektrizitätswerke im klassischen Land der Wasserkraft uns noch etwas schwer mit dem Engagement in der Fernwärme. Wir müssen uns als Kernkraftwerkbetreiber aber Rechenschaft geben, dass wir eine Verpflichtung zur Substitution auch in diesem Bereich haben. Durch die Auskopplung von Dampf wird der Gesamtwirkungsgrad unserer Kernkraftwerke verbessert, und durch eine anteilmässige Nutzung der Abwärme sinkt die thermische Belastung von Wasser und Luft. Es ist deshalb sinnvoll, wenn vorerst die Betreiber von Kernkraftwerken sich als Partner von Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Verfügung stellen und dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, einen Beitrag an die Gesundung unserer Umwelt leisten. Für eine fernere Zukunft kann man sich durchaus vorstellen, dass kleine nukleare Heizreaktoren zur Verfügung stehen, die vielen Elektrizitätswerken dann ermöglichen werden, sich aktiv an einem Nahwärmeversorgungssystem zu beteiligen. Auf jeden Fall kann es nicht darum gehen, dass wir von der Elektrizitätswirtschaft aus jemandem etwas aufzwingen. Vielmehr muss jedes Fernwärmeprojekt vom politischen Willen und von marktwirtschaftlichen Prinzipien getragen sein. Eine realistische Einschätzung der Lage ergibt, dass bis ins Jahr 2000 rund sieben Prozent aller Wohnungen mit nuklearer Fernwärme versorgt werden könnten. Auf keinen Fall kann es darum gehen, mit Anschlusszwang oder durch Subventionierung durch das Elektrizitätswerk Fernwärmeversorgungen auf Kosten anderer Strombezüger aufzubauen.

Unsere Umweltschutzbestrebungen

Wenn man sein Produkt aus Umweltschutzgründen anpreist, muss man sich auch die Frage gefallen lassen, ob man selber das Nötige tue, um die Umweltbeeinträchtigungen durch eben dieses Produkt möglichst klein zu halten. Ich denke, unsere Anstrengungen dürfen sich sehen lassen.

Die Nagra, eine dem Bund gegenüber verantwortliche und von ihm eingesetzte Genossenschaft, hat mit ihrem

«Ich denke, unsere Anstrengungen in Sachen Umweltschutz dürfen sich sehen lassen.»

im Januar abgegebenen Bericht eine weltweit anerkannte Forschungsarbeit geleistet und den Nachweis erbracht, dass eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle technisch und geologisch in unserem Lande machbar ist.

Damit kann der Schlussstein im Brennstoffkreislauf gesetzt werden. In diesem Zusammenhang darf an zwei Tatsachen erinnert werden:

- Bei der Produktion von Elektrizität aus Kernenergie werden praktisch keine Schadstoffe an die Umwelt abgegeben. Diese werden auf kleinstem Raum zurückbehalten und der Umwelt durch die Endlagerung definitiv entzogen. Im Gegensatz zu andern Energieträgern müssen die Schadstoffe bei der Kernenergie somit nicht erst aus der Umwelt «zurückgeholt» werden.
- Die Kosten der Entsorgung (wie übrigens auch diejenigen der Stillegung der Werke) sind in den Gestehungskosten und damit im Strompreis bereits eingerechnet, d.h. die Elektrizitätswirtschaft hat – wohl als einzige mir bekannte Branche – die sogenannten externen Kosten des Umweltschutzes bereits weitgehend internalisiert.

Unsere Parole muss also lauten: Einsatz der Elektrizität aus umweltschützerischen und volkswirtschaftlichen Gründen im Wärmemarkt und Mittragen beim Aufbau von nuklearen Fernwärmenetzen durch die Gemeinden.

Und das Sparen?

Haushälterischer Einsatz des Stromes und Substitution von Erdölprodukten schliessen sich keineswegs aus. Es geht auch bei einem umweltfreundlichen Energieträger darum, ihn möglichst breit und mannigfach einzusetzen, jedoch den spezifischen Ver-

brauch pro Anwendung so tief wie möglich zu halten. Ich habe es bereits erwähnt, die Apparateindustrie hat hier Hervorragendes geleistet und bemüht sich weiterhin in dieser Richtung. Einige Elektrizitätswerke haben bereits die Beratungstätigkeit im Bereiche Energiesparen und rationelle Stromanwendung aufgebaut. Auch seitens des Verbandes sind einschlägige Empfehlungen erarbeitet und weitergegeben worden. Ich rufe deshalb alle Mitgliedwerke auf, in diesem Bereich noch aktiver zu werden. Kommunikation und Information tun not. Unser Wissen muss an unsere Kunden herangetragen werden. Wir haben ihnen beizustehen im ehrlichen Bemühen, mit dem individuellen Energieverbrauch die Umwelt durch zweckmässiges Verhalten möglichst wenig zu belasten. Die Botschaft ist klar: Strom mannigfach verwenden, aber nicht verschwenden.

«Die Botschaft ist klar: Strom mannigfach verwenden, aber nicht verschwenden.»

Und die politische Realität?

Bedarfsnachweis?

Meine vorangegangenen Ausführungen gipfeln zwangsläufig in einer politischen Forderung. Wenn die Elektrizitätswirtschaft in unserem Lande das volkswirtschaftlich Optimale tun soll und will, muss mindestens die Frage gestellt werden, ob der heutige Hindernislauf beim Bau von Kernkraftwerken nicht gelegentlich abgebaut werden müsste. Konkret: Lässt sich die Forderung eines Bedarfsnachweises überhaupt noch aufrechterhalten oder rechtfertigen, wenn es darum geht, eine umweltgerechte Energiepolitik in unserem Lande durchzusetzen? Meine Antwort ist Nein. Die geltende Atomgesetzgebung scheint mir in dieser Hinsicht heute überholt zu sein. Bei der anstehenden Totalrevision müsste der heute geforderte Bedarfsnachweis fallengelassen werden. Sie haben sicher gehört, dass durch eine Indiskretion ein Vor-Vorentwurf für ein solches neues Atomgesetz bereits in Umlauf gesetzt wurde. Aus was für Gründen weiss ich nicht. Laut Zeitungsberichten sind dort Dinge enthalten, die selbstverständlich sind, es sollen aber auch bisherige Zusicherungen zurückgenommen werden, was wir nicht ohne weiteres verstehen könnten. Wenn in diesem Ideenentwurf z.B. stehen soll, dass man gegebene Standortbewilligungen, die im Hinblick auf ein sogenanntes Geleitzugverfahren vorläufig nicht weiterverfolgt wurden, ich denke hier an Verbois, einfach aufheben will, dann können wir das nicht widerspruchslos hinnehmen.

Wasserkraft – Kernkraft

Wenn wir davon ausgehen, dass auch mittel- und langfristig der Verbrauch (Wirtschaftswachstum minus Spareffekt, plus Substitutionsbeitrag) zunehmen wird, dann braucht es zusätzliche Produktionsmöglichkeiten in der Schweiz. Es besteht vielerorts die Meinung, wir hätten noch viele Möglichkeiten, Wasserläufe für die Elektrizitätsgewinnung auszunützen. Meines Erachtens ist das eine Fehleinschätzung. Wohl bestehen noch zahlreiche Projekte für Wasserkraftanlagen. Nach meiner persönlichen Überzeugung werden die wenigsten davon je verwirklicht werden. Vor allem weil

- solche Werke wirtschaftlich oft nicht vertretbar sind und/oder vorwiegend weniger gefragte Sommerenergie liefern,
- Grosskraftwerke aus Naturschutzgründen nicht tragbar sind, das heisst der wirtschaftliche Nutzen im Verhältnis zum Natureingriff zu klein ist,
- verschiedene Kleinkraftwerke wegen der geforderten erhöhten Restwassermenge «zum Tode verurteilt» sind (das kann z.T. auch bestehende Kleinkraftwerke betreffen).

Selbstverständlich heisst das nicht, dass keine Wasserkraftwerke mehr gebaut werden, aber es wird sich um ein paar wenige handeln, die relativ geringe Eingriffe in die Natur erfordern und deren Kosten/Nutzen-Analyse trotz aller Auflagen noch positiv ausfällt.

«Es gibt für unsere Generation tatsächlich keine Alternative. Das schleckt uns keine Geiss weg!»

Die Erwartungen in die Erneuerung von bestehenden Kraftwerken sind in der Regel ebenfalls stark übertrieben. Denn gerade die grösseren und damit produktionsstarken Werke sind neueren Datums, und eine Erneuerung bringt hier praktisch nichts. Auch besteht die Gefahr, dass allfällige Erhöhungen der Wirkungsgrade durch gleichzeitige Erhöhung der Restwassermengen, wie sie z.B. im Revisionsentwurf zum Gewässerschutzgesetz oder in der Gewässerschutzinitiative enthalten sind, mehr als kompensiert würden.

Realistischerweise kann die notwendige zusätzliche Produktion im Inland in Zukunft nur durch neue Kernkraftwerke sichergestellt werden. Es gibt für unsere Generation tatsächlich keine Alternative. Das schleckt uns keine Geiss weg!

Elektrizitätswirtschaftsgesetz

Es wäre nun verlockend, sich über die politische Szene noch ein bisschen auszulassen. Ich möchte Sie verschonen davon. Immerhin, einige Bemerkungen konnten Sie meinen bisherigen Ausführungen entnehmen. Ich möchte hier lediglich noch ein paar Hinweise zum vieldiskutierten Elektrizitätswirtschaftsgesetz machen:

- Bis heute ging es lediglich darum, Massnahmen zu diskutieren, die möglicherweise in ein solches Gesetz Eingang finden könnten.
- Der Bericht der Eidg. Energiekommission (EEK), der sich im wesentlichen gegen ein solches Gesetz ausspricht, ist dem Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED) übergeben und nach Orientierung des Bundesrates veröffentlicht worden. Sie kennen den Inhalt.
- Zwischen Bund und Kantonen wurde ein Massnahmenpaket diskutiert und bereinigt, das wesentliche Fortschritte im Bereich Umweltschutz bringen soll. Die Kantone legen grosses Gewicht darauf, dass ihre Souveränität gewahrt bleibt, und wehren sich gegen Massnahmen des Bundes (auch im Elektrizitätsbereich), soweit die Kantone Lösungsmöglichkeiten auf ihrer Ebene sehen. In andern Punkten lehnen sie staatliche Regelungen generell ab. Bund und Kantone wollen in einem Jahr erneut eine Standortbestimmung vornehmen, und der Bund wird dann entscheiden, ob weitere Massnahmen auf Bundesebene aus seiner Sicht notwendig sind.

Für uns stellt sich die Frage, wie wir uns verhalten sollen. Man ist sich offenbar in weiten Kreisen einig, dass auf dem Gebiet Umweltschutz einiges getan werden muss und auch getan werden kann und dass man die anstehenden Probleme nicht nur der Privatinitiative allein überlassen kann. Es dürfte ebenfalls mehrheitlich die Meinung herrschen, dass, wenn schon gesetzliche Regelungen getroffen werden müssen, diese besser und auch rascher auf kantonaler und kommunaler Ebene vorgenommen werden als auf Bundesebene. Nach meiner Beurteilung ist die Gefahr, dass auf Bundesebene legiferiert wird – auch im Bereich der Elektrizität –, um so grösser, je weniger die Kantone unternehmen. Quintessenz: Wir sollten dort, wo die Kantone vernünftige Regelungen treffen oder planen, die Behörden unterstützen und in unserem Bereich mithelfen, vernünftige Lösungen zu finden. Ich glaube, eine solche Einstellung und solches Handeln wären nicht nur effizient, sondern würden unsere Glaubwürdigkeit auch in der Öffentlichkeit verstärken. Als unvernünftig würde ich allerdings Vorschläge betrachten, die auf Bundes- oder Kantonsebene unter dem Deckmantel «Umweltschutz» versuchen, Postulate der Kernenergiegegner im Sinne von Verketzerung der Elektrizität durchzusetzen.

«Wir sollten dort, wo die Kantone vernünftige Regelungen treffen oder planen, die Behörden unterstützen und in unserem Bereich mithelfen, vernünftige Lösungen zu finden.»

Meine Damen und Herren,

Wir haben ein ereignisreiches Jahr hinter uns, das uns einige Erfolge gebracht hat. Die Gefahr ist gross, jetzt in den Lehnstuhl zurückzufallen und der kommenden Dinge zu harren. Nichts wäre verfehlter. Wir müssen die Chance nutzen und unsere energiepolitische Pflicht erfüllen. So werden wir am besten auf kommende Auseinandersetzungen vorbereitet sein. Ich fordere Sie alle auf, aktiv auch im Verband mitzuarbeiten und uns Ihre Ideen, Anliegen und Sorgen wissen zu lassen.

Gleichzeitig möchte ich Ihnen danken für Ihre loyale Zusammenarbeit, für alles, das Sie im Grossen und Kleinen für die Elektrizitätswirtschaft geleistet haben. Ich möchte aber auch ganz speziell allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat, allen Mitgliedern in den Kommissionen, Arbeitsgruppen und im Vorstand und ganz besonders Herrn Dr. Eugène Keppler, der alles koordiniert und in unserer doch recht kompliziert organisierten Branche den Überblick bewahrt, recht herzlich danken.

Damit bin ich am Ende meiner Einleitung und eröffne die heutige Generalversammlung und gehe über zu den Traktanden.